

Gesundheitsversorgung neu denken

Eine medizinische Fakultät für das Land Bremen

Eines der gegenwärtig meist diskutierten Themen innerhalb der deutschen Gesundheitspolitik ist die Frage, wie der drohende Ärztemangel bekämpft werden kann. Denn trotz der im Vergleich der OECD-Länder relativ hohen absoluten Ärztezahl pro 1.000 Einwohner (Deutschland: 4,6 im Jahr 2016), ist heute schon spürbar, dass insbesondere ländliche Regionen und bestimmte Fachdisziplinen nicht mehr ausreichend fachlich qualifiziertes Personal finden, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Die Gründe für den Ärztemangel sind vielfältig. Die veränderten Präferenzen bezüglich Work-Life-Balance und die häufig als unattraktiv wahrgenommenen Arbeitsbedingungen führen dazu, dass viele junge Ärztinnen und Ärzte sich bewusst gegen eine Berufskarriere in bestimmten Regionen und Disziplinen entscheiden oder Deutschland gar gleich ganz den Rücken kehren. Zusätzlich erschwert wird diese Situation durch die seit Jahren unbefriedigende Situation an den Hochschulen. Strenge und zu starre Auswahlkriterien einerseits und deutlich mehr Bewerber als Studienplätze andererseits (zum Wintersemester 2017/18 gab es über 43.000 Bewerbungen bei knapp 9.000 Plätzen) verursachen, dass viele Potentiale ungenutzt bleiben. Angesichts der großen Herausforderungen im Gesundheitswesen können wir nach Meinung der CDU nicht darauf hoffen, dass EU-Länder die bei uns fehlenden Ausbildungskapazitäten ausgleichen.

Bund und Länder haben diesen Missstand erkannt und z.B. mit der Gründung neuer medizinischer Fakultäten in Oldenburg, Bielefeld und Augsburg sowie der Verabschiedung des „Masterplans Medizinstudium 2020“ wichtige Maßnahmen eingeleitet. Auch in Bremen wird die Einführung eines Medizinstudiengangs immer wieder von verschiedener Seite diskutiert, kam jedoch nie über die erste Phase der Ideengenerierung hinaus. Wir, die CDU in Bremen, glauben, dass es an der Zeit ist, diesen Stillstand endlich zu beenden und klare Positionen zu beziehen: Die CDU will eine medizinische Fakultät für das Bundesland Bremen!

Für dieses Projekt sprechen aus unserer Sicht nicht nur die aufgezeigten gesundheitspolitischen Gründe, sondern eine ganze Reihe zu erwartender positiver Synergieeffekte:

- Bremen und Bremerhaven gehören schon heute zu den Top-Wissenschaftsstandorten der Republik. Eine medizinische Fakultät würde sich nicht nur sehr gut in die bereits bestehenden Strukturen einfügen, sondern würde auch neue Impulse für die Forschung und Kooperationen bringen. Speziell die Neuausrichtung der Universität für die nächste Runde der Exzellenzstrategie 2026 würde in hohem Ausmaß profitieren.
- Die Bremische Wirtschaft fußt stark auf klassischen produzierenden Industriezweigen. Eine medizinische Fakultät brächte neue Impulse für die Stärkung der Gesundheits- und Sozialwirtschaft mit sich. Hiervon würden insbesondere Frauen und Alleinerziehende profitieren.
- Auch in finanzieller Hinsicht wäre eine neue Fakultät kein reiner Ausgabenposten. Wirtschaftswachstum, Ausgründungen, neue Arbeitsplätze und neue Einwohner für das Land brächten im Gegenteil positive Nebeneffekte mit sich. Schon heute spricht beispielsweise die Arbeitnehmerkammer von der Gesundheitswirtschaft als einem „Beschäftigungsmotor der bremischen Wirtschaft“. Eine neue Studie hat ergeben, dass rund 61.000 Menschen und damit jeder achte Erwerbstätige in Bremen im Gesundheitssektor arbeitet. Um die existierenden Vorteile auszubauen ist ein Wachstum notwendig. Eine medizinische Fakultät könnte ein solcher Wachstumsbeschleuniger sein.

In Summe spricht also sehr vieles für diesen Schritt und nach unserer Überzeugung überwiegen die Vorteile deutlich und brächte darüber hinaus auch einen gewaltigen und nachhaltig andauernden Imageschub für unser Land. Deswegen wollen wir mit diesem Papier einen ersten Impuls geben, um für unsere Ideen und Vorstellungen zu werben und sie mit der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren.

Konzepte & Strukturen

Die Universität Bremen als das Zugpferd des Bremer Wissenschaftsstandortes verzichtete in ihrer Gründungsphase auf den Aufbau eines eigenständigen Medizinstudiengangs. Dennoch verfügen wir in Bremen mit dem Uni-Fachbereich der Human- und Gesundheitswissenschaften (u.a. Public Health, Psychologie und Pflegewissenschaften), den naturwissenschaftlichen Instituten, den Studiengängen für Pflegemanagement und Therapiewissenschaften an der Hochschule Bremen, der Medizintechnik an der Hochschule Bremerhaven, dem Schwerpunkt Medizinrecht am juristischen Fachbereich der Universität sowie verschiedenen außeruniversitären Forschungsinstituten, wie dem Bremer Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS) und dem Fraunhofer-Institut für Bildgestützte Medizin (MEVIS), über eine hervorragende Infrastruktur, in welche sich eine Mediziner Ausbildung in wissenschaftlicher Hinsicht ideal einfügen würde. Im Bereich der Ausbildung verfügt zudem die Jacobs University mit ihrem studienvorbereitenden Angebot „Medical Preparatory Year“ über zusätzliche Anknüpfungspunkte.

Auch ein Blick auf die lokale Krankenhauslandschaft zeigt, dass Bremen und Bremerhaven bereits heute eine gute Infrastruktur vorweisen. Sämtliche Häuser der GeNo und alle größeren Häuser in freier Trägerschaft fungieren als Lehrkrankenhäuser für die Universitätsmedizin in Göttingen, Hannover und Hamburg. Für den klinischen Teil der Ausbildung wäre damit hinsichtlich Ausbildungskapazitäten, lehrfähigem Personal und fachlicher Breite wahrscheinlich schon jetzt ein Großteil sichergestellt.

Die Startbedingungen für die Etablierung einer medizinischen Fakultät – ob als eigenständiger Fachbereich oder als Zusammenschluss mit dem FB 11 (Human- und Gesundheitswissenschaften) – sind damit insgesamt sehr gut. Zu Beginn des Lehrbetriebs streben wir rund 100 Studienplätze pro Kohorte und somit eine mittlere Fakultätsgröße im Bundesvergleich an. Die rechtlichen Vorgaben eines humanmedizinischen Studiums gemäß der deutschen Approbationsordnung und der europäischen Richtlinien zur Anerkennung von Berufsqualifikationen (2005/36/EG) sehen mindestens 12 Semester bzw. 5.500 Stunden an theoretischen und praktischen Unterricht vor. Die frühzeitige Einbindung und Gewinnung des Bestandpersonals sowohl an der Universität als auch an den städtischen und freigemeinnützigen Kliniken hat für uns hohe Priorität, um so eine größtmögliche Unterstützung und Beteiligung der Ärzte- und Professorenschaft sicherzustellen. Eine negative Beeinträchtigung des Regelbetriebes bei der Patientenversorgung und den Naturwissenschaften ist zu vermeiden, da andernfalls keine nachhaltige Akzeptanz für dieses Projekt erreicht werden kann.

Nach Vorstellung der CDU Bremen sollte der vorklinischen Teil auf dem Campus der Universität Bremen angesiedelt werden, um so einerseits auf den dort schon existierenden Strukturen aufbauen zu können und andererseits eine ideale Verzahnung mit der Lehre und Forschung anderer Disziplinen sicherzustellen. Sofern der kurzfristige Platzbedarf nicht im Rahmen bereits angekündigter Neubauprojekte (insbesondere Neubau des naturwissenschaftlichen Gebäudes NW2) vollumfänglich gedeckt werden kann, bietet das Campusgelände ausreichend zusätzliche Flächen. Inwieweit bei der Lehre zu den natur- und sozialwissenschaftlichen Grundlagen der Medizin auf das wissenschaftliche Personal anderer Fachbereiche zurückgegriffen werden kann, ist zu prüfen, jedoch scheinen auch hier – wie natürlich auch in der Forschung – große Schnittmengen möglich.

Die CDU möchte sämtliche Kliniken im Land gleichberechtigt an diesem Projekt beteiligen und den klinischen Teil der Ausbildung deswegen möglichst breit ansiedeln, da so die Breite der in der deutschen Approbationsordnung vorgesehenen Pflichtdisziplinen nach unserer Vorstellung am besten abgedeckt sein dürfte. Exemplarisch ist hier das Rote Kreuz Krankenhaus (RKK) zu nennen, welches bereits seit dem Jahr 2005 als einziges Bremisches Hospital Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover ist. Das RKK überzeugt dabei unter anderem durch die gefäßchirurgischen Ausbildungsangebote für Medizinstudenten. Aber auch das DIAKO in Gröpelingen ist durch die Verteilung der Haupt- und Wahlfächer bereit aufgestellt. Wir wollen, dass alle Kliniken im Land Bremen von den positiven Effekten einer medizinischen Fakultät profitieren. Dazu gehören sowohl die kommunalen Kliniken als auch die Häuser in freigemeinnütziger Trägerschaft. Darüber hinaus muss ebenfalls geprüft werden, welche Ausbildungsschritte am Standort Bremerhaven durchgeführt werden können.

Eine mögliche Konzentration des klinischen Teils könnte auf dem Gelände des Klinikums Mitte als Maximalversorger stattfinden. Durch die dortigen Umstrukturierungen infolge des Teilersatzneubaus (TEN) böte sich die einmalige Chance, um Teile der notwendigen Infrastruktur, wie etwa Lehrräume, Büros und Labore, zum einen ressourcenschonend, zum anderen aber auch als Teil eines medizinischen Campus zu entwickeln. In unseren Augen bieten sich hier insbesondere die Bestandsgebäude der Prof.-Hess-Kinderklinik (entlang der Bismarckstraße) oder der Augenklinik (entlang der St. Jürgen-Straße) an. Auch für später eventuell notwendige Gebäude und Erweiterungsbauten bietet das Gelände innerhalb der bestehenden und zukünftigen Strukturen ausreichend Raum, ohne die bestehenden Pläne für Wohnbebauung oder Parkflächen einzuschränken.

Den bereits weit fortgeschrittenen Planungsprozess für das neue Hulsberg-Viertel auf dem Gelände des heutigen KBM wollen wir so wenig wie möglich beeinträchtigen, denn für die CDU ist ebenfalls klar: Wir benötigen neue Wohnbebauung. Aus unserer Sicht bietet aber die Entwicklung des Medizincampus innerhalb der bestehenden Gebäude die Möglichkeit wichtige Synergieeffekte zu erzielen. Beim Ausbau des Medizincampus ist die notwendige Verkehrsinfrastruktur, insbesondere Parkflächen, mitzudenken, damit die ohnehin schon schwierige Lage für die Anwohner nicht noch weiter verschärft wird.

Weiteres Vorgehen und Finanzierung

Es ist unser Bestreben, die Diskussion über die Gründung einer eigenständigen Mediziner Ausbildung für Bremen schnellstmöglich zu beginnen und in konkrete Vereinbarungen münden zu lassen. Dafür wollen wir auf örtliche Expertisen wie auf Erfahrungen aus anderen Bundesländern zurückgreifen. Erste Gespräche und Besuchstermine wurden bereits im Frühjahr 2018 durch die CDU-Bürgerschaftsfraktion durchgeführt. Zentrale Ansprechpartner für uns waren insbesondere die Universität Bremen, die Krankenhäuser im Land Bremen und die kassenärztliche Vereinigung. Gegenwärtig befinden sich zwei medizinische Fakultäten an den Universitäten Augsburg und Bielefeld in Planung, die 2019/2020 bzw. 2021 die ersten Studenten aufnehmen sollen und für uns als Referenzprojekte dienen.

Als Grundlage der kommenden Beratung werden wir den Wissenschaftsrat um Stellungnahme und Empfehlungen bitten. Eine abschließende Befassung der Bürgerschaft streben wir bis zum Ende der 20. Legislaturperiode an. Ungeachtet der endgültigen Entscheidung sollte sich das Land Bremen nach Ansicht der CDU in die gegenwärtige Diskussion um die Neustrukturierung der Medizinstudienplatzvergabe konstruktiv einbringen.

Eine finale Finanzplanung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig, da noch unklar ist, inwieweit vorhandene Strukturen und Synergieeffekte beim Aufbau einer Bremer Medizinfakultät genutzt werden können. Ausgehend von den Erfahrungen ähnlicher Vorhaben in anderen Bundesländern ist ein Kostenvolumen von 25 Mio. € pro Jahr für die

Gründungsphase realistisch. Als eine der Hauptaufgaben sehen wir die Gewinnung des klinischen bzw. wissenschaftlichen Fachpersonals an, was sich an anderen Standorten als herausfordernd gezeigt hat. Der langfristige Finanzbedarf muss somit in dreistelliger Millionenhöhe verortet werden. Fakt ist: Die Finanzierung eines derartigen Vorhabens wäre ein Kraftakt für das Land Bremen. Um aber im nationalen und internationalen Wettbewerb um Personal, Forschungsgelder und Studenten mithalten zu können, bedarf es nach unserer Einschätzung einer voll funktionsfähigen Fakultät, weswegen wir Teilmodellen ablehnend gegenüberstehen. Für eine breite Akzeptanz dieses Projektes muss sichergestellt werden, dass es nicht innerhalb der Hochschul- und Krankenhauslandschaft Bremens zu Verteilungskämpfen kommt. Jeder Euro für die medizinische Fakultät muss zusätzlich sein!

Visionäre Vorhaben stoßen immer auf Widerstand. Gegen das Verlassen altbekannter Pfade finden sich immer zahlreiche Gegenargumente. Die CDU Bremen möchte einen Schlusstrich unter das ständige Klagen über Mängel und Untätigkeit ziehen und stattdessen Initiator von Aufbruch und Entwicklung für die Zeit bis 2035 und die Zukunft danach sein. Eine medizinische Fakultät ist in unseren Augen dafür ein mehr als geeignetes Projekt und wäre ein starker Impuls für unsere Universität, unsere Kliniklandschaft und unser ganzes Bundesland.